

Pressekonferenz vom 3. Juli 2001

Marc Arnold, Präsident des Initiativkomitees zum Schutz und Betreuung des städtischen Leitungsnetzes

Geschätzte Damen und Herren

Ich begrüße Sie recht herzlich, auch im Namen des Initiativkomitees. Es freut uns, dass Sie den Schritt ins GBI-Haus gewagt haben, denn wir betrachten das Zustandekommen der beiden Initiativen als einen „Meilenstein im Kampf gegen die Privatisierung und damit gegen den Ausverkauf des ESB.“



Marc Arnold, Stadtrat

Das Initiativkomitee, das sich aus 15 Mitgliedern zusammensetzt, von denen 11 der sozialdemokratischen Partei angehören und dort aktiv tätig sind, ist sich der Verantwortung gegenüber dem ESB voll bewusst, aber auch seiner Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit im allgemeinen und gegenüber den Unterzeichnern der Initiativen im besonderen. Ob sich der Gemeinderat dessen bewusst ist, bin ich mir nicht so sicher, denn, wenn er glaubt, nach dem Abgang von Herr Storrer mit einer Pseudo-Scherrerlösung in Richtung privatrechtlicher Aktiengesellschaft weiter experimentieren zu können, so ist das völlig inakzeptabel.

Die Neubesetzung der ESB-Direktion bietet dem Gemeinderat auch eine echte Chance dem Volkswillen gerecht zu werden, denn jedermann weiss, es ist nicht die Rechtsform die über den Erfolg in einem liberalisierten Markt entscheidet, sondern das Umfeld muss stimmen, d.h. indem man die entsprechenden Führungskräfte anstellt, die Kompetenzen definiert und entsprechende Handlungsspielräume klar regelt. Davon ist auch der Gemeinderat als Führungs- und Oberaufsichtsbehörde nicht ausgenommen. Die Qualität des Managements ist entscheidend sowie seine Einstellung gegenüber einem öffentlichen Unternehmen, dem Gemeinwesen und seinen Bürgern.

Szenenwechsel

Die beiden Gemeindeinitiativen zum Schutz und Betreuung des städtischen Leitungsnetzes (Gas, Wasser und Strom) sind, - vorgängig abgesegnet von einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes – am 22. Januar 2001 von einem 15-köpfigen Initiativkomitee, das die Verantwortung übernommen hat, lanciert worden.

Natürlich hat man in erster Linie die nötigen Unterschriften erreichen wollen. Natürlich hat man die Initiativen als Gegengewicht im Privatisierungspoker verstanden. Aber das eigentliche Ziel ist in erster Linie immer gewesen, die Bieler Bevölkerung auf die Problematik einer Privatisierung zu sensibilisieren. Die Diskussion bis weit in die Bevölkerung aller Schichten zu tragen. Das ist uns,

Pressekonferenz vom 3. Juli 2001

Marc Arnold, Präsident des Initiativkomitees zum Schutz und Betreuung des städtischen Leitungsnetzes

meines Erachtens, weitgehend gelungen. Die Diskussion in den letzten zwei Monaten zeigt, die Bielerinnen und Bieler sind hellhörig geworden und sie werden die Wörtchen „vorläufig“, „zumindestens in den nächsten Jahren“ oder „bei ausgewiesenem Bedarf“ zu deuten wissen.

Nun das Resultat. Gesammelt haben wir bis zum 25. Juni 2001, 5038 bzw. 4742 Unterschriften. Den grössten Teil davon deponieren wir heute um 10 Uhr auf der Stadtkanzlei, den Rest werden wir vor Ablauf der Frist am 20. Juli 2001 überbringen. Wegen den Sommerferien waren wir gezwungen, das so zu splitten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Komitee, den Gewerkschaften, den SP-Sektionen, dem Grünen Bündnis sowie anderen Organisationen und Einzelpersonen für ihren Einsatz herzlich danken. Bei der SP Madretsch zum Beispiel haben bis zu 90 % der Mitglieder die beiden Initiativen unterschrieben. Die Basis steht voll hinter den Initiativen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich noch einen Wunsch unserer Sympathisanten an den Gemeinderat weitergeben und als Quintessenz der Initiativen eine Forderung an den Gemeinderat in den Raum stellen.

Wir haben beim Sammeln der Unterschriften die unglaublichsten Sachen über das neue Energieverrechnungssystem des ESB zu hören bekommen. Das ganze hat uns das Sammeln nicht gerade erleichtert. Auf Details möchte ich verzichten. Aber sie decken sich weitgehend mit dem Zeitungsartikel, der im „Bieler Tagblatt“ vom 19. Juni 2001 publiziert wurde. Ich bin der Auffassung, dass, wenn auch nur ein Bruchteil der Klagen stimmt, ohne wenn und aber wieder auf das frühere System zurückgegriffen werden muss, umso mehr, als nur eine Zählerablese pro Jahr ein schlechter Kundenservice ist, unpraktikabel für jede Hausverwaltung.

Nun noch etwas in eigener Sache.

Bekanntlich habe ich nach der Ablehnung der Ausgliederung des ESB in eine öffentlich-rechtliche Anstalt (1999) eine weitere Grundsatzdebatte um die Rechtsform des ESB abgelehnt und vorgeschlagen, dass die effektiven Sachprobleme des ESB bei einer Stromliberalisierung nach Prioritäten eingestuft und angegangen werden: Beginnend beim Handel.

An der Stadtratssitzung vom 23. August 2000 habe ich weiter, geschlossen unterstützt von den Stadratsmitgliedern des heutigen Komitees, dem gemeinderätlichen Beschlussesentwurf einen

Pressekonferenz vom 3. Juli 2001

Marc Arnold, Präsident des Initiativkomitees zum Schutz und Betreuung des städtischen Leitungsnetzes

Gegenentwurf, mit einer klaren Zäsur gegen das weitere Vorgehen des Gemeinderates in Richtung privatrechtlicher Aktiengesellschaft, überdimensionierten Konzernstrukturen und Holdinglösungen gegenübergestellt. Nach dem gewaltigen Echo das unsere Initiativen in allen Schichten der Bevölkerung gefunden haben, ist mein Gegenentwurf noch lange nicht vom Tisch. Die breite Akzeptanz in der Bevölkerung zeigt, dass der Gegenentwurf vom 23. August 2000 die einzige realistische und vernünftige Lösung ist. Nicht nur für den ESB und seine Beschäftigten sondern auch für die Stadt Biel und seinen Bewohnern.

Wir verlangen darum vom Gemeinderat und der Direktion des ESB sich **nicht mehr** auf das Ausgliederungsmodell zu konzentrieren sondern ein **Betriebsmodell** nach meinem Gegenentwurf auszuarbeiten.

- Beilagen:**
- Gegenentwurf zu den Anträgen des Gemeinderates zum Bericht Nr. 950490 vom 23. August 2000
 - Doppel-Unterschriftenbogen vom 22. Januar 2001